

Christlichen Gewerkschaften eines Gegengewichts gegen die Sozialdemokratie. (Weisfall recht.)

Hg. Dr. Schrapf (Sp.):

Wenn kräftige Vorträge à la Starborski die Sozialdemokratie umbringen könnten, müßten sie die Tag-Artikel des Freiherrn v. Jellig totgemacht haben. Bei der gegenwärtigen äußeren Lage dürfte es nicht zu empfehlen sein, daß sich ein Teil des Volkes als Bürger 2. Klasse fühlt! Die Sozialdemokratie lebt von den Fehlern ihrer Gegner. So als Leffendorf die Feindschaft zwischen Kasakern und Polen, als die Umsturzparole den Parteien um die Agrarfrage beilegte. Wegen ein Verbot des Streikpostens hat sich auch der frühere bayerische Minister v. Landmann in der deutschen Juristenzeitung ausgesprochen, dem sie doch gewiß nicht Reue für die Sozialdemokraten zutrauen werden. Auch Graf Posadowski erklärte, die Sozialdemokraten würden nicht durch Selinger Klagen, sondern durch solonische Weisheit überwandene werden. Das wir bei den Landtagswahlen mit den Sozialdemokraten zusammengehen werden, ist eine bemerkenswerte Behauptung. Die auf unsern Freudenstage gefällte Resolution und die dort vom Abg. Rühlbed gemachten Ausführungen beweisen deutlich, daß wir nicht unter das laubhüchlerische Joch kriechen werden. Unter dem öffentlichen Wohlrecht leidet besonders der Mittelstand, geben Sie, wenn Sie dem Mittelstand dienen wollen, ein geheimes Wahlrecht, das auch die Schule im liberalen Sinn vorwärts bringt. (Weisfall bei der Volksk.) Ein Schlußantrag wird gegen die Stimmen der Konserverativen und Freisowervativen abgelehnt.

Hg. Dr. Diebnecht (Soz.):

Die Sozialdemokratie hatte sich das Glück nicht trümen lassen, solche Agitationen wie von den Herren v. Starborski und Jellig hier zu bekommen. Wir werden sie als Propagandamaterial verwenden und wollen den Herren gern ein Autorhonorarium zahlen. (Gelächter.) Die Reichstagsdebatte unserer Gegner erleichtert uns unsere Arbeit ungemein. Die Rede des Herrn v. Starborski war zu einem Teil ja auch gegen das Zentrum gerichtet, das sich an dem Mißtrauensvotum zum Zentrum nicht verhalten hat, das sich an dem Mißtrauensvotum in der Jesuitenfrage nicht verhalten hat, obwohl man sonst von ihm sagen konnte: Dies Kind, kein Engel ist so rein oder vielmehr so schwarz! (Gelächter.) Das Zentrum scheint Reue zu haben, den Reichstag bei irgend einer kleinen Gelegenheit auseinanderreiben zu lassen. Das bei den Konserverativen diese Reue vorhanden ist, ist ja klar, ist doch im Reichstag die Sozialdemokratie ein zwanzigmal stärkerer Faktor als hier. Auf die Dauer ist eben die Politik in Preußen nicht unabhängig vom Reich zu führen. Die Konserverativen werden andauernd hier die Reichsangelegenheiten vor ihr Forum und wollen sich entrüsten, wenn der Reichstag sich mit preussischen Angelegenheiten befaßt. Wenn die preussische Politik für das Reich maßgebend sein soll, da muß sich doch der Reichstag mit allem beschäftigen, was Preußen angeht. (Sehr richtig! bei den Sozialdemokraten.)

Es ist ihnen unbenommen, daß der Reichstag der preussischen Regierung einmal die Haue gezeigt hat. Minister von Dallwig ist mit dem Staatssekretär Delbrück sehr unzufrieden. Es hat sich zu offen gezeigt, daß er nicht gewillt ist, ein geheimes Wahlrecht durchzuführen. Auch ist die volle Abhängigkeit der Reichspolitik von der preussischen zu deutlich ausgesprochen worden. Bei dem Wohnungsangelegenheiten Delbrück Ausführungen tatsächlich wie eine Nacht in die Öffentlichkeit. Wer schließlich bei diesem Duell Dallwig-Delbrück auf der Strecke bleiben wird, werden wir ja sehen. Es scheint, daß das Grab für die Herren Westmann-Dollweg-Delbrück bereits geschauelt wird. Man will das Reich an die Spitze legen oder vielmehr die preussische Seite, an der es liegt, noch länger machen. Eine prächtige Reichspartei, die gegen das Reich Sturm läuft. (Sehr gut! bei den Soz.) Das die Konserverativen das Reich nur als notwendiges Übel betrachten, haben ja längst die Denkmäler der Reichspolitik entwürfen. Ihr ganzer Theaterapparat zeigt nur Ihre Unsicherheit, und daß das Reich anfangs, können über den Kopf zu wachsen. In der Konserverativen Presse rühmt man die „eheliche“ Weltanschauung des Herrn v. Starborski. „Ehrlich“ sorgen die Herren dafür, sich die Taschen zu füllen durch Ausbeutung der breiten Massen. Solche Politik möchte ich lieber mit einem Worte bezeichnen, das das Gegenteil von Scham bedeutet. (Sehr gut! bei den Soz. — Unruhe rechts.) Die deutsche Sozialdemokratie wird aus dem Reichshaus nicht verschwinden, dazu ist sie eine viel zu naturnotwendige Erscheinung. Sie starken Männer werden mit ihr nicht fertig und müssen daher nach dem Polizeiknüttel. Aber ihr Geschrei nach einem Arbeitswillensgesetz hat im Reichstag ein schändliches Fiasko erlitten. Die 2000 Verurteilungen, die von einer unbilligsten Klassenjustiz mit Hilfe des systematischen Tennungsentens der christlichen Gewerkschaften im Ruhrrevier zustande gebracht wurden, wollen Sie ausschließlich auf Beschuldigen der Sozialdemokratie zurückführen. Gerade der Abg. Gronowski weiß genau, daß der alte Bergarbeiterverband alles getan hat, um die Arbeiter vor dem Streik unter ungünstigen Umständen abzuhalten. Wer die Aufregung war zu groß. (Sehr richtig! bei den Sozialdemokraten.) Der Streik im Ruhrrevier hat sich an den Christlichen im Saarrevier gerächt. Ihre gängen Erörungen und ihr Schreien nach Gewalt und Ausnahmengesetzen beweisen nur Ihre Schwäche. Das jüngerliche Preußen ist mit dem Deutschen Reich unvereinbar. Wir wollen es durch ein freies Preußen ersetzen, und dazu wird es voll das freie Wahlrecht erlangen. Wir sind stark. Sie sind schwächer als Sie denken, und der Sieg wird auf unserer Seite sein. (Gelb. Weisfall b. d. Soz. — Unruhe rechts.) Nach einer großen Anzahl von persönlichen Bemerkungen wird das Ministergehalt bewilligt.

Neues Blutvergießen.

Auf dem mazedonischen Kriegsschauplatz haben die Kanonen wieder das große Wort. Die Feindseligkeiten wurden offenbar mit Schwärzungen an der Tschataldshahlinie und mit einem Sturm auf Adrianopel eröffnet, denn die Telegramme melden:

Konstantinopel, 3. Februar. Heute gegen 5 Uhr nachmittags begannen die Bulgaren mit der Beschießung Adria-nopels. Wie geräuschlos verläuft, haben erste Zusammenstöße zwischen Türken und Bulgaren bei Tschataldshah begonnen. Die Bulgaren sollen den Ort Tschataldshah in Brand gesetzt haben.

Sofia, 3. Februar. Aus Mustafa-Pasha wird um 9 Uhr abends telegraphiert: Gewaltiger Kanonendonner von Adrianopel her macht hier die Fenster erzittern. In hiesigen unterrichteten Kreisen rechnet man damit, daß die Festung in längstens vierzehn Tagen fallen wird.

Konstantinopel, 3. Februar. Nach offiziellen Angaben hat vor Adrianopel eine heftige Schlacht begonnen. Der Tschataldshah fand ein bedeutungsvolles Zusammenstoß statt. Die Agence Ottomane meldet, daß vor Beginn des Kampfes vor Adrianopel ein türkischer Offizier dem türkischen Kommandanten meldete, daß der Wallenstille auf vier Tage verlängert ist, um ihn irrezuführen. Die Konstantinopel in Adrianopel wandten sich an ihre Besatzung, um die türkische Regierung zu veranlassen, ihnen in Adrianopel eine bestimmte Stelle anzuweisen, wo sie nach dem Bombardement der Bulgaren verschont bleiben können, aber ihnen die Erlaubnis zum freien Auszug zu gewähren.

Die Haltung der Mächte.

Konstantinopel, 3. Februar. Man hat hier noch immer nicht die Hoffnung aufgegeben, es könnte bis heute Abend irgend ein Wunder geschehen, welches dem Ereignissen eine friedliche Wendung gibt. Bei der Hofe haben bis heute vormittag die Botschafter der Großmächte keinerlei Schritte auf die Antwortnote der türkischen Regierung unternommen. Der Umstand, daß die türkischen Delegierten noch in London bleiben, wird weniger mit der Aussicht auf neue Verhandlungen mit dem Balkanstaatenbund als vielmehr durch die Rücksichtnahme auf die Mächte erklärt. Der Konin sagt: Der Wiederbeginn des Krieges ist ein Verbrechen, für welches Bulgarien die Verantwortung trägt. Für das osmanische Volk bleibt Adrianopel eine Frage, bei der es sich um Leben und Tod handelt.

Serbisch-bulgarisches Einvernehmen.

Belgrad, 3. Februar. Tzovinaki Glasnik meldet, daß zwischen Serben und Bulgaren ein neues Einvernehmen getroffen worden sei, wonach Bulgarien für die großen, von der serbischen Armee im bulgarischen Interesse in Tragien und vor Adrianopel gebrauchten Opfer territoriale Kompensationen in Mazedonien an Serbien erteilt habe.

Ein verhängnisvoller Irrtum.

Rom, 3. Februar. Der Kapitän Girardello vom Dampfer Dorna, der gestern Abend vom Vraus in Brindisi eintraf, erzählt: Das achte und neunste griechische Infanterie-Regiment, die um Tanina operierten, haben sich gegenseitig beschossen. Eins der beiden Regimenter hatte ein Fort besetzt, welches das andere auf einem Umgehungsmanöver übertrumpfen wollte, ohne zu ahnen, daß es bereits von den eigenen Truppen genommen war. Bei dem heftigen Feuergefecht, das sich entspann, hatten beide Regimenter zahlreiche Tote und Vermundete, ehe sie ihren Irrtum erkannten.

Serbische Truppeneinheiten gegen Skutari.

Durazzo, 3. Februar. Von der serbischen Armee wurden hier gestern 1800 Mann mit reichlichem Proviant eingeschifft, wie getrieben bereits Artillerie auf den westlichen Kriegsschauplatz nachgehoben ist. Man nimmt an, daß sie sich nach Kleisio begeben, um sich mit den anderen Streitkräften zu vereinigen, gegen Skutari vorzurücken und gemeinsam mit den Montenegrinern zum Sturm gegen die Stadt vorzugehen.

Deutsches Reich.

Die Agrarier im Kampf gegen den unreflexen Handel.

Ueber das Treiben eines agrarischen Geschäftsunternehmens, der masurischen landwirtschaftlichen Genossenschaft (Sitz Johannisburg) macht ein Dr. Hans Röhr in der Masurischen Zeitung interessante Mitteilungen. Die Genossenschaft ist vor einigen Jahren von dem Landrat ins Leben gerufen worden, um die Landwirte gegen Unreflexitäten im Handel mit Getreide, Futtermitteln und künstlichen Düngemitteln zu schützen. Wie sie dieses Programm durchführt, zeigt Dr. Röhr an mehreren Beispielen:

1. Die Genossenschaft hat, wie in den Untersuchungsprotokollen ihrer Aufsichtsborgane ergiebt ist, im April 1911 von einem russischen Händler einen bedeutenden Posten Leinwand (248 Zentner) bezogen, der laut Analyse 20,4 Proz. Sand enthielt, also derart verunreinigt war, daß seine Verwertung unbedeutende Nachteile für die Gesundheit des Viehes nach sich ziehen mußte. Trotzdem wurde der russische Leinwand von der Genossenschaft behalten und im Inlande weiter vertrieben. Das Untersuchungsprotokoll der Genossenschaft spricht selbst die Vermutung aus, daß ein Teil des Leinwands im eigenen Kleinhandel — und zwar ohne Angabe des Mindestwertes — Verwendung gefunden habe. 100 Zentner sind nach dem Untersuchungsprotokoll an eine polnische Firma verkauft, sie sind in Wirklichkeit, da diese Firma die Abnahme verweigerte, an eine andere Genossenschaft in Masurien gelangt.

2. Die Genossenschaft hatte an zwei Kunden je 100 Zentner Gerstschrot, das in gekennzeichnete Gefäße, zu normalem Preise von 7 bis 8 M. pro Zentner verkauft. Eine Untersuchung ergab, daß das Schrot in beiden Fällen mit Holzerpelzen verunreinigt war. Der Geschäftsführer hatte einen Posten von 140 Zentner Holzerpelzen gekauft. Das sind der Aufbereitung des Safers entstammende Abfälle, die einen Futtermittelwert nicht besitzen, auch von keinem Landwirt zum Verfüttern gekauft werden. Der Verkauf von Speigen demgegenüber das Untersuchungsprotokoll der Genossenschaft und spricht an dessen Stelle von kommissionärer Übernahme; der Verkauf ist bei anderer Gelegenheit aber von dem Geschäftsführer schriftlich angegeben.

3. Ein Bauer hatte von der Genossenschaft bezogenes Beintuchmehl unterlassen lassen. Die Analyse stellte neben andern minderwertigeren Futtermitteln einen Sandgehalt von 17,1 Proz. fest.

Die Aufsichtsborgane der Genossenschaft haben, als die Beschwerden sich häuften, die Fälle zwar untersucht, aber keine Veranlassung genommen, gegen den verantwortlichen Geschäftsführer einzuschreiten. Ein Strafverfahren, das auf eine Anzeige hin das Gericht gegen diesen Herrn einleitete, wurde nach einjähriger Untersuchung eingestellt.

Besonders bemerkenswert aber ist, was Dr. Röhr von dem mit dem Leinwandmehl begaunerten Bauer erzählt. Der Bauer wurde von einem Herrn zur Rede gestellt, wie er dazu komme, das Mehl unterzuchen zu lassen:

In dieser Unterredung stellte der Herr dem Bauern vor, er könne doch manche wirtschaftliche und andere Nachteile davon haben, wenn er sich mit den mazedonischen Verhältnissen, die an der Spitze der Genossenschaft ständen, schlecht stellen würde. Der Bauer äußerte dann hinterher sein Bedauern, daß Futter zur Untersuchung eingeschickt zu haben, er stände wirtschaftlich schwach, habe bei der Genossenschaft Schulden, sei Gemeindevorsteher, das Angeden gegen die großen Herren möchten doch größere unabhängige Verkäufer auf sich nehmen.

Ein ostelbisches Kulturbild, wie es schöner nicht gedacht werden kann. Die Agrarier gründen eine Genossenschaft, um die Bauern von dem betrügerischen — natürlich jüdischen — Handel zu emancipieren. Die Genossenschaft liefert Sand statt Viehfutter und wenn die Bauern sich das nicht gefallen lassen wollen, müssen sie der schlimmsten Schikane gewärtig sein. Der Herr Dr. Dertel aber stellt in jeder seiner erbaulichen Sonntagsbetrachtungen aufs neue fest, daß Recht und gute Tüte nur in den Kreisen der Landwirtschaft geblieben. Je agrarischer, um so moralischer!

Ein ultramontaner Steuerstand in Bayern.

Durch eine Verhandlung vor der Strafkammer des Landgerichts Deggendorf (Niederbayern) kam ein niedlicher klerikaler Steuerstand ans Tageslicht. Der in Kambdorf, einem kleinen bairischen, präfranziskaner Ort und bezugsfähige Steuerbetreiber Dr. Hauber, der von 1899 bis 1906 Mitglied der Zentrumsfraktion des bayrischen

Landtags war, hat früher eine Kapitalrente von 500 M. und später nach dem Inkrafttreten der neuen Steuererlasse eine solche von 744 M. veräußert. Als Gesamteinkommen (einschließlich Kapitalrente) hat er nur 3044 M. angegeben. Jeder Kenner der Verhältnisse hätte darüber fraglich werden müssen; nur die Steuerbehörde nahm die lächerliche Steuererklärung des ultramontanen Führers auf Treu und Glauben hin. Aber dem Dr. Hauber, der sich im Landtag mehr durch seine Rednerfähigkeit als durch seinen Verstand auszeichnete, wurde seine Unrichtigkeit zum Verhängnis. Im August vorigen Jahres kaufte er ein Landgut bei Starnberg und ließ durch ein nahebefindliches Zentrumsblatt erzählen, er habe dafür 60 000 M. in Pfandbriefen angezahlt. Ein „außer Freund“ Haubers sandte die Zeitung Nummer mit einem entsprechenden Vermerk dem zuständigen Amt, das nun wohl oder übel der Sache näher treten mußte, aber nicht etwa darauf, seine Verfehlungen treulich einzugehen, sondern die Schlinge zu ziehen. Und zu diesem Zweck wandte er sich an das Reichsamt des Niederbairischen christlichen Bauernvereins, der zum Reichsamt des Reichsamt gehört. Dem Bureau flüchtete er vor, es handle sich um einen Bauern, der seinem Gohm ein Leihverlei um 60 000 M. gekauft habe, die er bisher nicht veräußert hätte. Er wolle nun wissen, ob sich der Bauer nicht auf diesem Länder beufen könne, oder ob der Sohm vielleicht sagen wolle, er habe sich das Geld geliehen.

Secretär des Niederbairischen christlichen Bauernvereins ist der ehemalige Zentrumsabgeordnete Bahl. Dieser war früher Angehöriger der christlichen Bauernorganisation des Dr. Heilm, schied aber von dort aus und schloß sich der Reichsamt an, was ihm zu bestmöglicheren Vorteilen zu einigen auffeherregenden Prozessen führte. Derjenige, der Bauer ist ein Schwindler, und solche Steuerbeamten unterstellt unser Bauernverein nicht; er gab vielmehr dem Rat, ihm ein ausländischer Verwandter zur Verfügung gestellt. Wegen dieser Geschichte wurde gegen Bahl ein Strafverfahren wegen Verschleierung der Steuerhinterziehung eingeleitet, das allerdings inzwischen wieder eingestellt wurde.

Inzwischen hatte sich nun der Staatsanwalt der Sache angenommen. Er hielt Hausfuchung bei Dr. Hauber ab und fand in dessen Besitzsumme weitere 47 000 M. in Pfandbriefen.

Vor der Strafkammer mußte Dr. Hauber seine Steuerhinterlassungen aufgeben. Der Staatsanwalt hielt ihm vor, Steuerhinterlassung sei nicht milder zu beurteilen als Betrug oder Diebstahl. Er beantragte, als Strafe den zehnfachen Betrag der hinterlassenen Steuer zu erheben. Das Urteil wird am 28. Februar verkündet.

Wie das Urteil ausfällt, ist ziemlich belanglos. Die gerichtliche Feststellung zeigt nur zu deutlich, daß die Kreise, die sich als die patriotischen Steuerbetreiber aufspielen, vor ihrem Schwimmbel zurückschrecken, um sich von den Folgen der Staatserhaltung zu drücken. In diesem Punkte besteht kein Unterschied zwischen Liberalen und klerikalen Kapitalisten.

Maßnahmen gegen die Fleischsteuerung.

Der Plan der Stadt Frankfurt a. M., die Schlachtvieh-zucht in eigene Regie zu nehmen, ist bis zu einer Vorlage des Magistrats an die Stadterordnetenversammlung gediehen. In dieser Vorlage hebt der Magistrat die Bedeutung des Versuchs hervor, die weit über Frankfurt hinausreicht. Fällt er (der Versuch) günstig aus, so kann er für die Fleischversorgung der Bevölkerung von großer Tragweite werden. Fällt er ungünstig aus, so werden diejenigen damit zu rechnen haben, die der Ansicht sind, daß auf diese Weise die Fleischversorgung der Bevölkerung gefördert oder gar sichergestellt werden kann.

Nach dem Projekt stellt der Kreis Westerburg im Westerwald eine Fettviehwirtschaft von 70 Morgen her. Die Stadt Frankfurt a. M. erhält das Recht, im Jahre 1914 20, in den folgenden fünf Jahren jährlich bis zu 40 Stück Vieh auszu-zureiten. Das Vieh stellt die Stadt, die auch das Risiko für die Tiere trägt. Für den Erfolg des Weibegangs übernimmt der Kreis das Risiko. Er erhält nur für die Tiere, die innerhalb der Weibeperiode schlachtreif werden, das auf 50 M. pro Stück berechnete Weibegeld. Die Weibeperiode soll von Frühjahr bis Herbst mindestens 150 Tage umfassen. Die Kosten des gesamten Weibetriebs trägt der Kreis. Er hat für Personal, tierärztliche Beaufsichtigung, Schutzstätten usw. zu sorgen. Die Bestimmung über die Verwertung des schlachtreifen Viehes steht ausschließlich der Stadt zu.

Kommunalverwaltung und Angestelltenversicherung.

Für die im Dienste der Stadt Frankfurt a. M. Beschäftigten Angestellten, die nicht von der Reichsversicherung für Angestellte betreut sind, hätten nach einer Berechnung des Magistrats jährlich 320 000 M. Versicherungsbeiträge gezahlt werden müssen. Da von diesen Angestellten der größte Teil doch bis zur Arbeitsunfähigkeit im Dienste der Stadt verbleibt und dann regelmäßig Ruhegeld erhält, wie auch die Hinterbliebenen Pension beziehen, haben die oberen städtischen Behörden beschlossen, dem größten Teil der Angestellten die Rechte zu gewähren, die die Befreiung von der Versicherung mit sich bringt. Ihnen ist zu diesem Zweck Anspruch auf Pension und Hinterbliebenenversorgung in dem vom Versicherungs-gesetz bezeichneten Mindestbetrage gegeben, und bei den auf Rindlung angestellten Beamten ist das Rindlungsrecht der Stadt vom Vorhandensein eines wichtigen Grundes abhängig gemacht worden. Die Berechtigung der Rindlung kann der Beamte durch den Regierungspräsidenten nachprüfen lassen.

Für die technischen Hilfsbeamten ist eine gleiche Regelung nicht erfolgt, um ihnen die Freizügigkeit nicht zu erschweren. Sie werden deshalb an der Angestelltenversicherung teilnehmen. Hierfür wird die Stadt anfangs den vollen Betrag mit jährlich ca. 70 000 M. auszuwenden haben. Später wird sich die Leistung der Stadt vermindern, da den Versicherten von der ersten Gehaltssteigerung an die gesetzliche Hälfte des Versicherungsbeitrages gekürzt werden soll.

Keine politische Nachrichten. Aus Oldenburg wird gemeldet: Der ganze Viehbestand in Burgroden, 161 Stück im Gesamtwert von 75 000 M., ist abgeklachtet worden, um eine Viehseuche im Reime zu erlösen. Den Verdacht trägt die Regierung. — Japanischen plündernden ein Postlagerzug etwa 30 Meilen südlich von der Stadt Mexiko. Sie brachten den Zug zum Entgleiten und richteten dann ihr Feuer auf den Waggons, in dem sich die militärische Begleitmannschaft des Zuges befand. Von der 30 Mann starken Begleitmannschaft wurden 18 getötet und die übrigen verwundet. Die Räuber lödeten auch viel Passagiere und schleppen diese Frauen mit sich fort. — Anhänger Salazar da Daufo sind in Wien (Perth) angekommen. Sie haben die Straße verbarrikadiert und die Telegraphendrähte durchschnitten.

als die
Zentrum
Sicher
dieser
lichen
inmich
sahnt
eines
and e
tare, d
ziehung
warger
Darleg
Verfeh
trat die
Qualit
Und es
Vessere
von ein
Aufstell
geniede
gläubig
Tagen
bringen
Offiziö
immer
sollung
finden.
beschw
drohte,
sagte s
Staats
weilte
den nör
steht. I
ipigt, d
großen
nach W
Offiziö
durch d
berliche
recht.
Reichs
rich den
ruen, u
Angenb
schonli
vielleicht
die ohn
Da
ständig
lichen G
persönl
die ged
thal im
orden f
jeder G
pälischer
das Ho
schern,
bannen
daß Bri
nach Be
dem Jan
Pa
heute ei
emung
Senats
des von
änderun
entwurf
Winder
Se
wurde in
früher
In g m
Sab
In
Ru
es den S
von Pol
partie
daten
Millions
Wahl
tung sei
kämpfen
daß die
ausführ
Politiker
freies i
treifes
Anlieg
Dinge w
Witten,
haben es
wir muß
nicht vor
Ja
Kamen
hier beg
die der